

Beschlussvorlage öffentlich

Federführendes Amt Rechnungsprüfungsamt	Nr. 224/2017
---	------------------------

Betreff:

Abschluss einer privatrechtlichen Vereinbarung mit dem Arbeitskreis Jugend- und Drogenberatung im Kreis Warendorf e.V. zur Prüfung eines Verwendungsnachweises und zur fachlichen Stellungnahme

Beratungsfolge	Termin
-----------------------	---------------

Kreisausschuss Berichterstattung: Herr KK Dr. Funke	17.03.2017
---	------------

Kreistag Berichterstattung: Herr KK Dr. Funke	24.03.2017
---	------------

Finanzielle Auswirkungen:		<input checked="" type="checkbox"/> ja (sh. Erläuterungen)	<input type="checkbox"/> nein
Falls ja:			
Im Haushaltsplan vorgesehen:		<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (die Beauftragung lag bei Aufstellung des HH noch nicht vor)
Produkt	Nr. 010510	Bez. Rechnungsprüfung	
Ergebnisplanposition oder Investition	Nr. 06	Bez. Kostenerstattung	
Betrag a) für den Zweck veranschlagt und b) nunmehr erforderlich	a) EUR b) EUR		
1) Investitionsauszahl./einmalige Aufwendungen:		2) Lfd. Aufwendungen (einschl. Abschreibungen) jährlich:	
insgesamt:	EUR	insgesamt:	EUR
Beteiligung Dritter:	EUR	Beteiligung Dritter:	EUR
Belastung Kreis Warendorf:	EUR	Belastung Kreis Warendorf:	EUR

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigegeführten Vereinbarungsentwurfs eine privatrechtliche Vereinbarung mit dem Arbeitskreis Jugend- und Drogenberatung im Kreis Warendorf e.V. abzuschließen.

Erläuterungen:

Der Kreis Warendorf ist Mitglied im Arbeitskreis Jugend- und Drogenberatung im Kreis Warendorf e.V., Ahlen (AK Jugend- und Drogenberatung). Außerdem hat der Kreis einen Vertrag mit dem AK Jugend- und Drogenberatung über die Förderung der Sucht- und Drogenberatung geschlossen.

Der Kreis unterstützt den AK Jugend- und Drogenberatung mit einem jährlichen Zuschuss aus Kreismitteln (2016: 121.046 €) sowie aus Landesmitteln in Höhe von 59,5 % der dem Kreis als Pauschale für den Förderbereich "Bekämpfung von Suchtgefahren – Sucht- und Drogenhilfe" zugewiesenen Mittel des Landes NRW (59,5 % = 127.984,50 €).

Der AK Jugend- und Drogenberatung nutzt derzeit für seine Aufgaben ein von der Stadt Ahlen angemietetes Gebäude in Ahlen. Er möchte diese Immobilie erwerben und barrierefrei umbauen.

Hierfür will der AK Jugend- und Drogenberatung Finanzierungsmittel der Stiftung Wohlfahrtspflege und der Stiftung Deutsches Hilfswerk beantragen.

Die vorgenannten Stiftungen verlangen, dass der für die Verwendung der Stiftungsgelder aufzustellende Nachweis geprüft wird. Die Stiftung Wohlfahrtspflege verlangt zusätzlich, dass vor Bewilligung der Gelder eine baufachliche Stellungnahme abgegeben wird.

Das RPA ist bereit, diese Aufgaben zu übernehmen. Hierfür wurde die beigefügte Vereinbarung entworfen.

Nach § 53 Abs. 1 Kreisordnung NRW (KrO) gelten für die Haushalts- und Wirtschaftsführung die Vorschriften des 8. bis 12. Teils der Gemeindeordnung NRW (GO) und die dazu erlassenen Rechtsverordnungen entsprechend.

Der 8. bis 12. Teil der GO beinhaltet die Paragraphen 75 – 118.

§ 103 GO beschreibt die Aufgaben der örtlichen Rechnungsprüfung. Abs. 1 stellt die gesetzlichen Aufgaben dar. Nach § 103 Abs. 2 GO kann der Rat weitere Aufgaben übertragen.

Nach § 26 Abs. 1 KrO beschließt der Kreistag über die Angelegenheiten des Kreises, die ihrer Bedeutung nach einer solchen Entscheidung bedürfen oder die er sich vorbehält. Nach Abs. 1, Buchstabe p) ist er u.a. ausschließlich zuständig für die Erweiterung der Aufgaben der örtlichen Rechnungsprüfung über die Pflichtaufgaben hinaus.

Um eine solche Aufgabe handelt es sich im vorliegenden Fall bei der Prüfung des Verwendungsnachweises bzw. bei der baufachlichen Stellungnahme.

Nach grober Schätzung entsteht für diese Aufgaben ein Gesamtaufwand von ca. 30 Std. Danach betragen die abzurechnenden Kosten ca. 2.000 €.

Anlagen:
Privat-rechtliche Vereinbarung

1. _____
Amtsleitung
2. _____
Dezernent
3. _____
Kämmerer (nur bei Vorlagen mit finanziellen
Auswirkungen)
4. _____
Landrat